

„Erfolge wecken Stolz auf Europa“ Tages-Anzeiger 29. März 2004, S. 2

Die europäische Idee erreicht viele Köpfe, aber erst wenige Herzen, meint der polnische Politologe Janusz Reiter. Die erweiterte EU benötige Erfolge – etwa in der Aussenpolitik.

**Mit Janusz Reiter
sprach Richard Diethelm**

Herr Reiter, freut sich Ihr Coiffeur in Warschau darauf, dass er vom 1. Mai an EU-Bürger sein wird?

Ich vermute, dass er sich freut. Er ist ein Mann, der nur in wirtschaftlichen Kategorien denkt und erwartet, dass die Leute bald mehr Geld haben und mehr Leute mit Geld nach Warschau kommen werden.

Wie ist die allgemeine Stimmung in Polen wenige Wochen vor dem offiziellen Beitritt?

Die Stimmung ist schlecht. Da Ängste und Ressentiments die aktuelle politische Diskussion prägen, überrascht das aber nicht. Die Polen haben das Vertrauen in die politische Elite verloren. Die historische Revolution, die mit der Wende begonnen hat, dauert noch an. Hätten wir nicht 14 Jahre auf den Beitritt warten müssen, wäre heute die Stimmung im Volk sicher besser.

Aus osteuropäischen Hauptstädten ertönt die Klage, man werde von Brüssel wie «Europäer zweiter Klasse» behandelt. Ist dieses Gefühl verbreitet?

Ein wichtiges Motiv für den EU-Beitritt war die Hoffnung der Leute, in Europa endlich gleiche Rechte wie die Westeuropäer zu erlangen, also «Bürger erster Klasse» zu werden. Dieser Glaube wurde erschüttert, als die EU die Direktzahlungen an Bauern im Osten abstufte oder als immer mehr Länder Hürden errichteten, um Immigranten aus dem Osten abzuwehren. Bei Völkern, die wegen ihrer Stellung in Europa – teils seit Jahrhunderten – verunsichert sind, muss man sich nicht wundern, wenn sie auf solche Beschlüsse allergisch reagieren und gewisse Politiker versuchen, Kapital daraus zu schlagen.

Welche Erwartungen verbinden denn Sie mit dem Beitritt Polens zur EU?

Polen erhält die Chance, den politischen Sinn seiner Geografie neu zu definieren. Zumindest in den letzten 300 Jahren unserer Geschichte ist es eine neue Erfahrung, von einer peripheren Lage ins Zentrum des Geschehens zu rücken. Für Polen – wie für andere Länder vor uns – gibt es drei gute Gründe, der EU beizutreten: Geopolitisch verbessert das Land seine Sicherheit, wirtschaftlich erfährt es einen Entwicklungsschub, und der mögliche Nutzen der Mitgliedschaft ist höher als die Kosten.

Trifft das auch für die anderen ostmitteleuropäischen Beitrittsländer zu?

Mehr oder weniger gilt das für alle – mit einem Unterschied: Nicht alle Beitrittsländer haben ein vergleichbares geopolitisches Trauma erlebt wie Polen mit den Teilungen im 18. und 19. Jahrhundert und wegen seiner besonderen Lage zwischen Deutschland und Russland. Aber alle Länder teilen die geschichtliche Erfahrung, dass ihr Schicksal längere Zeit von aussen bestimmt wurde. Deshalb wollen sie nun als Vollmitglieder der EU die Geschicke Europas mitbestimmen.

Die Polen sind ein stolzes und geschichtsbewusstes Volk. Hat da neben der nationalen Identität eine europäische noch Platz?

Wenn gesagt wird, unser Nationalbewusstsein sei besonders ausgeprägt, stimmt das nur teilweise. Die polnische Identität ist durch die frühere Bedrohung durch fremde Mächte geprägt. Nun ist sie im Wandel, und das macht den Menschen zu schaffen. Heute gibt es keine nationale Not mehr, sondern individuelle Nöte.

Worin besteht die europäische Identität?

Wir können in Europa stolz darauf sein, dass wir gewisse Dinge besser machen als andere Regionen in der Welt, zum Beispiel das Wirtschaftswachstum mit sozialem Zusammenhalt verbinden. Dann wünsche ich mir, dass wir nicht nur stolz sind auf den Frieden, den wir selbst geniessen, sondern dass wir auch unsere Nachbarn im Bemühen um Frieden unterstützen – und das nicht allein mit militärischen Mitteln. Vergessen wir auch nicht, dass die EU aus der Krise des Zweiten Weltkrieges heraus geboren worden ist und eine äussere Bedrohung ihren inneren Zusammenhalt gefördert hat. Heute ist – wie die Anschläge in Madrid zeigen – der Terror eine äussere Bedrohung.

Ist diese Identität wirklich mehr als eine Beschwörungsformel von Staatsmännern und EU-Kommissaren?

Mit dem Herzen oder der Seele auf Europa anzusprechen, wird vielen Menschen noch lange schwer fallen. Aber die europäische Idee kann ihre Köpfe erreichen, und vielleicht kommt es auf diesem Weg zu einer stärkeren emotionalen Bindung. Europa braucht Erfolge, auf die man stolz sein kann – etwa in der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik.

Allen Beteuerungen an EU-Gipfeln zum Trotz, die EU müsse in der Welt mehr Verantwortung tragen, lassen sich in der Praxis weder Paris und Berlin noch London oder Warschau die Hände binden. Ist die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik eine wohl genährte Illusion?

Ich glaube nicht. Nüchtern betrachtet, erreicht heute ein einzelner europäischer Staat in der Aussenpolitik wenig oder gar nichts. Wenn – wie im Beispiel des Iran – die Europäer zu dritt hingehen (Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, Anm. d. Red.), dann haben sie Gewicht.

Noch steht dem die Eitelkeit mancher Staatsmänner entgegen. Wenn sie dem Kreml allein ihre Aufwartung machen, gibt das zwar schöne Bilder fürs heimische Publikum. Aber mit der Zeit wird sich die Einsicht durchsetzen, dass auf der Weltbühne nur ernst genommen wird, wer im Namen der EU auftritt.

Werden die ostmitteleuropäischen EU-Neulinge sich sicherheitspolitisch weiterhin ganz auf die USA abstützen, sei es im Nato-Verbund oder in von Washington geformten «Koalitionen der Willigen»?

Wir werden eine Renaissance der Nato erleben, nachdem diese nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in eine Krise geraten ist. Die Nato ist mehr als die USA; sie bietet den Rahmen, in dem die Europäer mehr mitentscheiden können. Sowohl die Amerikaner als auch die Europäer blicken heute nüchterner auf die Realitäten; beide Seiten haben die Grenzen ihrer Macht und die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit erkannt. Spannungen wird es zwar weiter geben, aber nicht mehr einen so tiefen Konflikt wie vor dem Irak-Krieg.

Im Streit um die EU-Verfassung und die Machtteilung hat Polen mit Spanien vorgeführt, wie energisch es nationale Interessen zu verteidigen weiss. Wird dieses Verhaltensmuster in der EU Schule machen?

Ich hoffe nicht. Aus Sicht eines Osteuropäers lässt sich eine solche Entwicklung nur verhindern, wenn die westeuropäischen EU-Länder die Psychologie unserer Völker besser verstehen. Im Verfassungskonvent hat man zu stark aufs Tempo gedrückt. Anstatt mit etwas mehr Geduld alle am Prozess zu beteiligen, hat sich eine Avantgarde gebildet. Was diese für gut befand, hat sie dann allen als «gemeinsame Grundlage» angeboten. Ob berechtigt oder nicht, die Angst ist in Osteuropa da, dass Frankreich und Deutschland weiter versuchen könnten, andere Länder zu bevormunden. Wer die Polen kennt, hätte mit einer solchen Reaktion Warschaws rechnen müssen. Polen hat Mühe, seinen Platz in der EU zu definieren. Es ist zu gross, um keine politischen Ambitionen zu entwickeln, aber zu klein, um Anspruch auf einen Platz unter den Grossen zu erheben.

Wie stehen Sie zur Idee von Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten, ein Kerneuropa zu bilden?

Das ist eine eskapistische Vorstellung: Man entzieht sich der Verantwortung für das grosse Europa und richtet sich in einem kleineren und feineren Europa ein. Das geht nicht.

Werden die ersten Jahre nach der Erweiterung für die europäische Politik turbulent sein, wie die englische Politologin Heather Grabbe erwartet?

Ja. Vor einigen Jahren hatte man noch geglaubt, es werde eine Zeit der Harmonie und des Ausruhens beginnen, sofern der Beitritt gelingt. In Polen werden wir uns aber in den nächsten zwei, drei Jahren

die Sicherheitsgurte anschnallen müssen - wegen der innenpolitischen Turbulenzen, der wirtschaftlichen Probleme mit der hohen Arbeitslosigkeit und des sich verstärkenden Populismus. Das wird für unsere Nachbarn keine angenehme Zeit sein. Danach sehe ich aber sehr gute Perspektiven.

Wie turbulent wird es in der ganzen erweiterten EU-Familie zugehen?

Es wird harte Verteilungskämpfe geben. Das hängt auch mit unterschiedlichen Interessenlagen zusammen. Auf der einen Seite stehen Länder wie Deutschland, die an den klassischen Feldern der Integration wie der Sozialpolitik wenig Interesse haben und dafür mehr in die Sicherheitspolitik, die Entwicklung moderner Industrien und die Verbesserung der Wettbewerbsposition investieren möchten. Auf der anderen Seite stehen die Beitrittsländer, die vor allem an den Solidaritätsleistungen der EU interessiert sind. Wenn es mit der Wirtschaft in Europa aufwärts geht, wird es leichter sein, diese unterschiedlichen Erwartungen in Einklang zu bringen. Stagniert dagegen die Wirtschaft, werden härtere Konflikte aufbrechen.

Gehört Russland auf lange Frist in die EU?

Nein, das Land ist viel zu gross und würde die EU glatt überfordern. Aber wenn sich zum Beispiel die Ukraine hin zu Demokratie und einer funktionierenden Marktwirtschaft entwickelt, könnte man ihr den Beitritt nicht verwehren. Nur wird die Ukraine auch in fünf Jahren noch nicht so weit sein.

Wie soll sich die erweiterte EU gegenüber den Balkanstaaten verhalten?

Wenn Sie die Kopenhagener Beitrittskriterien erfüllen, steht für mich ausser Zweifel, dass sie in die EU gehören. Das ist nur eine Frage der Zeit. Wir können jedenfalls froh sein, wenn diese Länder der einst in der EU sind. Etwas zynisch gesagt, kostet ihre Mitgliedschaft die EU weniger als das, was diese nach den Kriegen für die Befriedung auf dem Balkan aufgewendet hat.

ZUR PERSON

Janusz Reiter

Janusz Reiter ist Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen (CSM) in Warschau, das er 1996 selbst gegründet hat. Der Publizist und Politikberater vertrat Polen von 1990 bis 1995 als Botschafter in Deutschland. Reiter, der Germanistik, Philosophie und Soziologie studiert hat, war vor der Wende Mitbegründer mehrerer oppositioneller Zeitschriften. (di.)